

NDB-Artikel

Di Pauli von Treuheim, *Joseph* Maria Valentin Freiherr österreichischer Minister, * 9.3.1844 Innsbruck, † 28.1.1905 Wien. ((römisch)-katholisch)

Genealogie

V Aloys (1806–89), Landesgerichtsrat, S des →Andreas (1761–1839), Oberappellationsgerichtspräs in Innsbruck, beteiligte sich an der Errichtung des Tiroler Landesmuseum Ferdinandeum, vermachte diesem seine Hs.-Slg. (Di Pauliana) (s. Wurzbach, ÖBL), u. der Anna Knoll zu Dornhof aus Bozen (1763–1806);

M Karoline (1818–94), T des Leonhard Schasser v. u. zu Thanheimb u. der Maria Antonia v. Call;

◉ Bozen 1873 Antonie (1847–1942), T des Gutsbesitzers Karl Zallinger v. Stillendorf u. der Josefa|Zamboni;

2 S, 1 T;

N Maria Freiin Buol v. Berenberg († 1943), Schriftstellerin (s. NDB III).

Leben

D. diente 1868 als Freiwilliger im Kriege gegen Italien, war 1870–71 Leutnant in der päpstlichen Nobelgarde und widmete sich anschließend der Bewirtschaftung seiner Weingüter in Südtirol. 1873–1900 gehörte er wiederholt dem Abgeordnetenhaus des Reichsrats an, verweigerte zunächst mit anderen katholischen Abgeordneten das Gelöbnis auf die Staatsgrundgesetze, die er weder mit seinem Gewissen noch mit den Tiroler Landesgesetzen in Einklang bringen konnte. Er gehörte dem Hohenwartklub an und verhandelte in Prag mit den Tschechen über ein föderalistisches Programm. Er kam mit K. von Hohenwart wiederholt in Konflikt und war vorübergehend aus dem Klub ausgetreten. Gegen das Kabinett Windischgrätz stand er in Opposition (1893–95). Seine gegen den Willen Hohenwarts eingebrachte Interpellation in der Angelegenheit des päpstlichen Nuntius A. Agliardi führte zu schweren Unstimmigkeiten mit dem ungarischen Ministerpräsidenten D. von Banffy und zu einer Krise im Ministerium des Äußern [Rücktritt G. von Kálnoky]. Schließlich trat er endgültig aus dem Hohenwartklub aus und beteiligte sich an der Gründung der Katharina Volkspartei (1895), welche im schweren Konflikt der jungen Christlich-Sozialen Partei wegen der Nichtbestätigung Luegers als Bürgermeister von Wien auf dessen Seite stand. Später, nachdem Lueger längst bestätigt war, änderte sich das Verhältnis der beiden Parteien, weil die Christlich-Soziale Partei mit *den deutschen Links- und Mittelparteien* in scharfe Opposition gegen die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897

trat, während die Katharina Volkspartei mit den „Konservativen“ und den ausgesprochen slawischen Parteien auf der Regierungsseite stand. Gerade D. war es nun, der es vergeblich versuchte, auf einem Umweg die Christlich-Soziale Partei zu einer ähnlichen Haltung zu veranlassen, und zwar mit der später als irrig erwiesenen Hoffnung, die Regierungsmehrheit dadurch für die konfessionelle Schule zu gewinnen. Am 5.10.1897 stellte D. zum „Entsetzen der Tschechen“ den Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses, welcher zum Zweck der Aufhebung der Sprachenverordnungen grundsätzliche Bestimmungen über die auf legislativem Wege vorzunehmende Regelung der Nationalitäten und Sprachenfrage binnen sechs Wochen dem Hause vorlegen sollte. Bald darauf erklärte D. in einer Versammlung, daß die Katharina Volkspartei der Regierung mißtraue. In dieser Schwenkung äußerte sich der Druck der Wählerschaft, sie war ein Zeichen, daß die deutsche Bevölkerung in Österreich den Regierungskurs als unerträglich empfand. Der im Grunde nicht ungeschickte Antrag D.s führte jedoch zu keinem Erfolg. Um so merkwürdiger ist es, daß D. sich nach dem Rücktritt J. Baernreithers bereit fand, als Nachfolger des Handelsministers in das Kabinett Thun einzutreten (1898). D. führte hier durch die bisher nicht erfolgte Anwendung der Sprachenverordnungen auf den Post- und Telegraphenverkehr eine außerordentliche Verschärfung der Lage herbei. Mit dem Rücktritt des Kabinetts Thun war auch seine Ministerschaft beendet. Gegenüber dem Ministerium Clary (1899–1900) stand D. an der Spitze der konservativen Opposition. Bei der Neuwahl 1900 unterlag er gegen den christlich-sozialen Kandidaten J. Schraffl, worauf er sich aus der Politik zurückzog. D. wurde kurz vor seinem Tode Mitglied des Herrenhauses des österreichischen Reichsrates auf Lebenszeit. - GR.

Literatur

Nekr. in: Reichspost v. 29.1.1905;

A. v. Czedik, Zur Gesch. d. k.k. österr. Ministerien, 1861-1916, I, II, 1917;

K. Hugelmann, Zur Gesch. d. österr. Ministerien, in: Bücherei d. Dt. Volksbl., H. 4, Wien 1922;

K. G. Hugelmann, Das Nationalitätenrecht d. alten Österreich, 1934;

F. Funder, Vom Gestern ins Heute, Wien ²1953;

ÖBL.

Autor

Karl Gottfried Hugelmann

Empfohlene Zitierweise

, „Di Pauli, Josef Freiherr“, in: Neue Deutsche Biographie 3 (1957), S. 735-736 [Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/html>

02. Mai 2025

© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
